

Strategiepartei

Soll-Ist-Vergleich Schweiz

Programm Strategiepartei (Strategie): Soll	Schweiz: Ist und Kommentar
<p>1. Einleitung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Strategie vor Tagesgeschäft • Berücksichtigung globaler Aspekte • Zeithorizont 100 Jahre <p><i>Quellen</i></p> <p>Programm der Basler Gesellschaft Au Bon Sens, 2. Auflage, Basel 2009</p>	<p>In der Schweiz beruht die Strategie auf der Botschaft über die Legislaturplanung (aktuell 2011 bis 2015), die vom Bundesrat alle vier Jahre zu Beginn einer Legislaturperiode der Bundesversammlung vorgelegt wird, gleichzeitig mit dem Entwurf eines durch die Bundesversammlung zu verabschiedenden einfachen Bundesbeschlusses. Dabei stützt sich die Botschaft über die Legislaturplanung auch auf den Bericht des Bundesrates „Perspektiven 2025: Lage- und Umfeldanalyse sowie Herausforderungen für die Bundespolitik“. In der Botschaft über die Legislaturplanung werden der Lageanalyse und den Zielen zum Teil Indikatoren zugeordnet, mit denen die Lageanalyse abgestützt und die Zielerreichung überprüft werden können. Zudem enthält die Botschaft ein Gesetzgebungsprogramm und verknüpft die Sach- und Finanzebene mit einem integrierten Legislaturfinanzplan. Insofern ist eine Strategie durchaus vorhanden. Jedoch dominiert das Tagesgeschäft aus mehreren Gründen noch zu stark.</p> <p>So hat die Verabschiedung eines einfachen Bundesbeschlusses zur Legislaturplanung durch die Bundesversammlung zwar eine politische, aber keine rechtliche Verbindlichkeit für den Bundesrat. Und der Legislaturfinanzplan wird von der Bundesversammlung lediglich zur Kenntnis genommen. Eine fakultative oder gar obligatorische Volksabstimmung zur Legislaturplanung findet nicht statt. Die rechtlich verbindlichen Entscheidungen der Bundesversammlung und Volksabstimmungen finden alle ausserhalb der vierjährigen Legislaturplanung statt. Immerhin kön-</p>

nen diese Entscheide auch langfristige Geschäfte betreffen, so insbesondere Infrastrukturprojekte wie Verkehrswege oder Atomkraftwerke. Und neben dem Legislaturplan existieren oder werden weitere Pläne entwickelt, wie z.B. die Strategie des Bundeshauses „[Nachhaltige Entwicklung 2012 bis 2015](#)“. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Legislaturplanung, die nur alle vier Jahre zu Debatten in der Bundesversammlung führt, in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird.

Der Bundesrat, der die Legislaturplanung beschliesst, ist zudem in seiner Organisation mehr eine Koordinationskonferenz der Departementsvorsteher als ein Organ, das über den Departementen steht. Dazu kommt, dass der Bundespräsident gegenüber den Departementsvorstehern kein Weisungsrecht hat. Dieser Situation wird immerhin dadurch Rechnung getragen, dass ein Perspektivstab mit Vertretern aller Departemente eingesetzt wurde. Der Perspektivstab ist für die Lage- und Umfeldanalyse und die Weiterentwicklung des Indikatorensystems als Grundlage der Legislaturplanung verantwortlich. Dies hat allerdings zur Folge, dass der Bundesrat eher von der Verwaltung geführt ist als umgekehrt, was allerdings systemimmanent ist. Die Qualität der Strategie ist bei dieser Lage von der Qualität der Verwaltungsspitzen abhängig. Der Bundesrat selbst aber ist kein strategisch starkes Organ.

Globale Aspekte werden in der Legislaturplanung berücksichtigt. Obwohl die Schweiz in der Aussenpolitik aktiv ist, muss sie sich aufgrund ihrer geringen Grösse und ihren vielfältigen Abhängigkeiten den globalen Entwicklungen im Wesentlichen anpassen.

Der Zeithorizont der Legislaturplanung von vier Jahren ist für eine Strategie eindeutig zu kurz. Will man nicht einfach die bisherige Politik fortschreiben, brauchen gewichtigere Änderungen mindestens zehn Jahre, allein schon aufgrund des Gesetzgebungsprozesses. Insofern ist der Bericht des Bundesrates zu den „[Perspektiven 2025](#)“ ein Schritt in die richtige Richtung. Für grundlegende Änderungen des Verhaltens von uns Menschen, soweit dies überhaupt möglich ist, braucht es aber regelmässig Generationen, es sei denn Katastrophen drohen deutlich genug oder

	haben sich bereits ereignet.
<p>2. Sinnsuche, zweite Aufklärung und aktueller Sinn</p> <ul style="list-style-type: none"> • Suche nach dem Sinn des Daseins (sinnvolle Ziele der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution) • aktueller Sinn (statt unbekannter Sinn des Daseins) • Zweite Aufklärung: Zusammenführung der Geistes- und Naturwissenschaften • Zweite Aufklärung auch in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft <p><i>Quellen</i></p> <p>Der Sinn des Daseins, Basel 2000</p> <p>Ziele, Basel 2010</p> <p>Grundlagen des Studium generale, Basel 2008</p>	<p>Die Suche nach dem Sinn des Daseins wird in der Schweiz nicht explizit als staatliche Aufgabe angesehen. Faktisch aber werden in vielen politischen Debatten Sinnfragen diskutiert. Über die staatliche Finanzierung der Grundlagenforschung, z.B. des CERN, wird ebenfalls faktisch Sinnsuche betrieben. Und im Zusammenhang mit der unvollständigen Trennung von Kirche und Staat ist der Staat faktisch auch mit Sinnfragen konfrontiert. Vor allem aber hat die Schweiz eine Regelungsdichte entwickelt, die kaum einen Bereich unseres Lebens nicht zumindest indirekt betrifft. Ob der Staat will oder nicht, faktisch beantwortet er mit seinen Regelungen Sinnfragen. Es ist deshalb methodisch falsch, so zu tun, als überliesse man die Frage nach dem Sinn des Daseins den Privaten.</p> <p>Dieser methodische Fehler zeigt sich auch an der zu anthropozentrischen Ausrichtung der Schweizer Politik. Dieser Umstand wird zudem dadurch bewirkt, dass Politiker oft aus den Geisteswissenschaften stammen; mangels eines Studium generale sind insbesondere die Spitzenpolitiker ungenügend ausgebildet. Im Resultat dominieren ökonomische Fragen die Politik. Dies ist nicht zuletzt auf den Einfluss der ökonomisch geprägten, privaten Weltpolitik zurückzuführen. Eine derartige ideologische Monokultur muss scheitern. Und über die endlose Produktwerbung im öffentlichen Raum und in den Medien wird die Öffentlichkeit auf Konsum fixiert. Damit und aufgrund des Niedergangs der Kirche droht eine geistige Verflachung. Dies zeigt sich im Umgang mit dem „Fremden“, sei dies bei religiösen Fragen oder gegenüber Angehörigen anderer Nationen. Mit Toleranzaufrufen alleine ist es nicht getan, weil, wie erwähnt, in vielen Fällen eine faktische Stellungnahme unumgänglich ist.</p> <p>Indem der Staat zum Sinn des Daseins keine Stellung bezieht, verpasst er schliesslich eine vertiefte Diskussion über einen aktuellen Sinn, geschweige denn, es kommt in dieser Hinsicht zu einer Einigung.</p> <p>Damit wird die Notwendigkeit einer zweiten Aufklärung, nämlich das Zusammen-</p>

	führen von Geistes- und Naturwissenschaften, für Wissenschaftler, aber auch für die Politik, die Gesellschaft und die Wirtschaft zu wenig offenbar.
<p>3. Staatsleitung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Staat als „Last Resort“ • Befriedigung der synthetisierten Bedürfnisse als oberstes Staatsziel • 8 Schritte der Staatsleitung • Praxistest der Rechtssetzung • Durchsetzungsrecht statt Strafrecht • Weltstaat <p><i>Quellen</i></p> <p>Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000 Staatsleitung und politische Parteien, Basel 2008 Praxistest der Rechtssetzung, Basel 2012 Vom Strafrecht zum Durchsetzungsrecht, Basel 2007 Der Weltstaat, Basel 2008 New Public Management, Basel 2006</p>	<p>Der Staat als „Last Resort“ muss an alles denken, darf aber nicht alles beherrschen. Als kleiner Staat kann die Schweiz diesem Anspruch systemimmanent nur teilweise genügen. Aufgrund ihrer Finanzstärke, Infrastruktur und Organisation nimmt die Schweiz im internationalen Vergleich als „Last Resort“ sicher einen Spitzenplatz ein. Allerdings ist die Schweiz wenig in der Lage, auf globale Entwicklungen Einfluss zu nehmen, die sie aber in die Rolle des „Last Resort“ zwingen könnten.</p> <p>Mangels einer umfassenden Analyse der Bedürfnisse und mangels der Festlegung eines aktuellen Sinns ist eine umfassende Synthese der Bedürfnisse nicht möglich, sondern findet allenfalls im Einzelfall statt.</p> <p>Die acht Schritte der Staatsleitung finden in der einen oder anderen Form statt, aber nicht mit der nötigen Systematik und nicht mit der nötigen Vollständigkeit. Insbesondere fehlt eine konsequente Ausrichtung der Staatstätigkeit auf die Wirksamkeit, den sogenannten Output.</p> <p>Ein Praxistest der Gesetzsetzung ist nicht institutionalisiert.</p> <p>Der Wechsel vom Strafrecht zum Durchsetzungsrecht wird nicht erwogen.</p> <p>Ein Weltstaat wird nicht erwogen.</p>
<p>4. Wirtschaftspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik aufgrund der synthetisierten Bedürfnisse • Insbesondere Synthese der Bedürfnisse nach Rang und Macht, unter Berücksichtigung der Statussymbole 	<p>Als kleiner Staat ist die Schweiz in die globale Wirtschaftspolitik eingebettet. Da in der Schweiz die Synthetisierung der Bedürfnisse nicht so erfolgt, wie dies in unserem Programm vorgesehen ist, setzt die Schweiz die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen methodisch nicht optimal.</p> <p>Immerhin ist erfreulich, dass in der Schweiz traditionell das Zurschaustellen von Macht und Rang und der entsprechenden Statussymbole mit wohltuender Zurückhaltung erfolgt.</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Markt als ordnungspolitische Möglichkeit statt als Religion • Wachstumsneutrale Geldpolitik <p><i>Quellen</i></p> <p>Grundlagen des Studium generale, Basel 2008 Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000 Partnerschaft und Familie, Basel 2006 Der 11. September, Basel 2002 Statussymbole, Basel 2008 Die Wachstumsspirale in der Krise – Ansätze zu einer nachhaltigen Entwicklung, Zürich 2009</p>	<p>Trotzdem wird auch in der Schweiz die Ideologie des Marktes und des Wachstums gross geschrieben. Diese Ideologie ist nicht nachhaltig. Erfahrungen aus jüngster Zeit in den westlichen Staaten wie die Finanzkrise der Banken und Versicherungen, die staatlichen Schuldenkrise und die Anlageschwierigkeiten in Kombination mit der insbesondere für die Sozialwerke ungünstigen demographischen Entwicklung, dem zunehmenden Ressourcenverbrauch und der zunehmenden Umweltbelastung lassen den Schluss zu, dass die Grenzen dieser Ideologie erreicht sind oder in absehbarer Zeit erreicht werden. Es erscheint wahrscheinlich, dass ein ähnlicher Punkt erreicht ist wie vor der französischen Revolution. Dannzumal wurde die auf der Landwirtschaft beruhende Gesellschaftsordnung durch eine auf der Industrialisierung beruhende Gesellschaftsordnung abgelöst. Die Industrialisierung hat zu einem enormen Erfolg bei der Güterproduktion geführt. Nunmehr droht der eigene Erfolg dieser Wirtschaftsform ihr aufgrund des dauernden Wachstums selbst zum Verhängnis zu werden. Deshalb darf die Marktwirtschaft und die damit verbundene Wachstumsideologie nicht als Religion, sondern nur als ordnungspolitische Möglichkeit verstanden werden. Und es ist zumindest im Sinne einer vorbereitenden Massnahme eine wachstumsneutrale Geldpolitik zu entwickeln.</p>
<p>5. Bevölkerungspolitik, nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verhältnis Bevölkerungszahl, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung erkannt • Bevölkerungspolitik vorhanden • Reduktion der Bevölkerung als Ziel <p><i>Quellen</i></p> <p>Ziele, Basel 2010 Verleugnung der Grenzen des Wachstums, Basel 2006</p>	<p>In der Schweiz erhöht sich die Bevölkerungszahl insbesondere aufgrund der Zuwanderung, wobei auch heftige Diskussionen über die Bevölkerungsstruktur geführt werden, so z.B. über die Asylpolitik. Doch Überlegungen wie in unserem Programm sind nicht Teil der Politik der Schweiz.</p>

<p>6. Religionen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Trennung der Religionen und des Staates • Religiöse Fragen, Symbole und Rituale auf der Grundlage eines evolutionär geprägten Weltbilds <p><i>Quellen</i></p> <p>Religionen, Rituale und Symbole, Basel 2002 Evolution und Religionen, Basel 2004 Evolution, Gott und Wahrheit, Basel 2008</p>	<p>Die Schweiz ist ein religiös toleranter Staat. Etwa ein Viertel der Einwohner sind konfessionslos. Gut 60 Prozent gehören den beiden grossen christlichen Landeskirchen an. Diese Zahlen stammen aus einer Nationalfonds-Studie aus dem Jahre 2011 (NFP 58). Allerdings ist die Trennung von Kirche und Staat unvollständig, wobei die wesentlichen Kompetenzen kantonal sind (vgl. www.aubonsens.ch/taetigkeit/veranstaltungen/rt07_7.pdf). Eine Beantwortung der religiösen Fragen oder religiöse Symbole und Rituale aufgrund eines evolutionär geprägten Weltbildes gibt es nicht.</p>
<p>7. Partnerschaft und Familie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wahl und von Partnerschafts- und Familiensystemen • Institut für Partnerschaft und Familie <p><i>Quellen</i></p> <p>Partnerschaft und Familie, Basel 2006</p>	<p>Partnerschafts- und Familiensysteme sind in der schweizerischen Rechtsordnung vielfältig geregelt. Neben der Ehe gibt es die registrierte Partnerschaft für homosexuelle Paare. Im Übrigen gibt es für das Konkubinat diverse mögliche Regelungen.</p> <p>Die von uns vorgeschlagenen Varianten von Partnerschaft und Familie sind jedoch nicht ausgearbeitet und gesetzlich geregelt. Ebenso wenig existiert ein Institut für Partnerschaft und Familie.</p>
<p>8. Studium generale</p> <ul style="list-style-type: none"> • Studium generale mit allgemeinem Teil der Wissenschaften <p><i>Quellen</i></p> <p>Grundlagen des Studium generale, Basel 2008</p>	<p>Ein Studium generale mit allgemeinem Teil der Wissenschaften, der Voraussetzung für ein echtes Studium generale, existiert weltweit nicht.</p> <p>Deshalb ist eine entsprechende Organisation, z.B. eine Stiftung zu gründen, die diese Idee eines echten Studium generale vorantreibt.</p>
<p>9. Globaler, holistischer Think Tank</p> <ul style="list-style-type: none"> • Globaler holistischer Think Tank 	<p>Die Basler Gesellschaft Au Bon Sens versucht, als globaler holistischer Think Tank zu wirken, unterstützt durch die Strategiepartei.</p>

<p><i>Quellen</i> Neue Wege der globalen Zusammenarbeit, Zürich 2010</p>	
<p>10. Die nächsten Schritte</p> <ul style="list-style-type: none">• Basel - Stadt der Ideen <p><i>Quellen</i> Basel – Stadt der Ideen – Geld und Geist, Basel 2005 Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000 Staatsleitung und politische Parteien, Basel 2008 New Public Management, Basel 2006</p>	<p>Ein möglicher Slogan für die Schweiz wäre „Schweiz, Land der Natur und der Ideen“.</p>